

Pulsnitzer Anzeiger

Dhormer Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Pf., bei Lieferung frei Haus 55 Pf. Postbezug monatlich 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsabgabe für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preiskliste Nr. 4 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderbeilagen und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. — D. N. III: 2256. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 533

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Kamenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Kamenz

Nr. 97

Mittwoch, den 27. April 1938

90. Jahrgang

England beschleunigt seine Aufrüstung

Bereitstellung von 324 Millionen Pfund für 1938/39

Bei Wiederbeginn der Parlamentstagung in England legte Schatzkanzler Sir John Simon den mit großer Spannung erwarteten Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1938/39 vor. Die Ausgaben für das kommende Jahr werden darin auf 944 Millionen Pfund veranschlagt, von denen nicht weniger als 253 Millionen für die Verteidigung vorgesehen sind, zu denen noch weitere 90 Millionen aus kurzfristigen Anleihen kommen. Die gesamten Rüstungsausgaben schätzte er auf 324,2 Millionen Pfund. Ferner seien in den Zivilausgaben rund 3,5 Millionen Pfund für den Luftschutz vorzusehen.

Die Einnahmen für 1938/39 schätzte Simon auf 914,4 Millionen Pfund, so daß eine weitere Deckung von 29,9 Millionen Pfund erforderlich sei. Dieser Fehlbetrag sei auf die Rüstungsausgaben zurückzuführen.

Die Schätzung der Ausgaben schließt ferner einen größeren Betrag, der für weitere Rüstungsausgaben erforderlich werden würde, noch nicht mit ein. Diese künftigen Beträge hoffe er, aus der Rüstungsanleihe beschaffen zu können. Der Höhepunkt der Rüstungsausgaben würde mindestens im nächsten oder übernächsten Jahre erreicht werden. Er glaube daher, daß er nicht seine Pflicht tun würde, wenn er den Fehlbetrag von 29,9 Millionen Pfund ebenfalls aus der Rüstungsanleihe decken wollte. Daher seien weitere Steuererhöhungen erforderlich. Der runde Betrag von 30 Millionen Pfund, der fehle, müsse durch direkte und indirekte Steuern gedeckt werden. Er beabsichtige, sich hierbei auf drei Steuern zu stützen: die Einkommensteuer, die Treibstoffsteuer und die Zehnersteuer.

Der Schatzkanzler schloß mit der Feststellung, er hoffe, daß auch der Vermittler in Großbritannien Holz darauf sein werde, seinen Beitrag zur Verteidigung der Heimat zu leisten.

Chamberlain über seine Erfolge

Vor der Erklärung des Schatzkanzlers berichtete Premierminister Chamberlain, der von den Konservativen mit lautem Beifall und dem Rufe „Friedensmacher“ begrüßt wurde, über seine letzten politischen Er-

folge. Er gab zunächst bekannt, daß das Abkommen mit Irland dem Unterhaus in Kürze zur Bestätigung vorgelegt werden würde. Er teilte weiter mit, daß die Verhandlungen mit Rom am 16. April zu einem erfolgreichen Abschluß geführt hätten und daß die Vereinbarungen dem Parlament als Weißbuch zugeleitet werden würden. Weiter ging er auf den französischen Ministerbesuch ein, bei dem die wichtigsten internationalen Fragen besprochen werden sollten. Auf eine Anfrage aus dem Hause, ob der Ministerpräsident noch etwas zur Tschechoslowakei und zur letzten Rede Henleins zu sagen habe, erklärte Chamberlain, er glaube nicht, daß er darüber etwas sagen müsse.

Im Anschluß hieran wurde die Frage gestellt, ob Aufträge an kanadische Firmen oder solche in den Vereinigten Staaten für Kriegsflyzeuge vergeben werden sollten, und wie viele bestellt werden würden.

Lord Winterton erwiderte, daß die britische Luftfahrtkommission, welche die Vereinigten Staaten und Kanada aufsuchen werde, ausschließlich mit Untersuchungen, die zur Aufklärung bestimmt seien, betraut sei. Die Kommission werde prüfen, ob bestimmte Typen von Flugzeugen, die für die britische Luftwaffe geeignet seien, bald geliefert werden könnten. Ebenso würden die Möglichkeiten einer etwaigen Produktion von Flugzeugen in Kanada geprüft werden.

Um das Programm der Luftaufrüstung zu beschleunigen und zu vergrößern, sei die britische Regierung entschlossen, dafür zu sorgen, daß alle geeigneten englischen Firmen in den nächsten zwei Jahren in möglichst großem Umfange produzieren sollten. Der größte Teil der Aufträge sei vergeben. Es würden jedoch noch weitere unverzüglich gegeben werden.

Lord Winterton bestätigte dann auf Anfrage, daß dies eine Vergrößerung der Flugzeugproduktion über die dem Hause bisher vorgelegten Pläne hinaus bedeute und daß dies in Verfolg der vom Premierminister gegebenen Versprechungen geschehe.

Prag bleibt unbelehrbar

Die acht Punkte „kein konkreter Vorschlag“?

Aus Prager Regierungskreisen verkundet nichts Positives zu den von Konrad Henlein bekanntgegebenen Forderungen des Sudetendeutschums. Man vertritt die Ansicht, daß Henlein „keinen konkreten Gegenstand zur Lösung der Minderheitenfrage“ gebracht hätte (1) und scheint damit völlige Zurückhaltung den Sudetendeutschen gegenüber begründen zu wollen.

Zu den acht Punkten Henleins über eine neue Staats- und Rechtsordnung wird erklärt, sie seien teils negativ, teils positiv. Ueber die negativen lasse sich schwer diskutieren, aber auch die positiven seien zum Teil nicht genügend klar. Die Prager Regierung ist anscheinend entschlossen, in der Nationalitätenfrage wie bisher weiterzuarbeiten. Wie man weiter hört, befaßten sich maßgebende politische Stellen mit der Frage, inwieweit ein Bekenntnis zur nationalsozialistischen Weltanschauung „zulässig“ sei. Eine klare Stellungnahme insgesamt liegt noch nicht vor.

Prag holt sich Rat in Paris ...

Der französische Außenminister Bonnet empfing den tschechischen Gesandten in Paris zu einer längeren Audienz. Wie hierzu in Paris verlautet, soll der tschechische Gesandte im Anschluß an die sudetendeutsche Tagung in Karlsbad und angesichts des bevorstehenden Besuchs der französischen Staatsmänner in London dem französischen Außenminister ein Memorandum über die deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei überreicht haben. In

diesem Dokument setzt die Prager Regierung ihre früher „zugunsten der Minderheit“ getroffenen Maßnahmen auseinander und führt diejenigen Maßnahmen an, die sie noch zu treffen beabsichtigt. Weiter werden die Forderungen Henleins erwähnt, die nach Ansicht der Prager Regierung unannehmbar erscheinen, da sie die Integrität und Unabhängigkeit der Tschechoslowakei in Frage stellen.

„Wertwürdige Zensuranweisung“

Eigenmächtige Eingriffe des Prager Oberstaatsanwalts.

Die Prager Oberstaatsanwaltschaft hat an die Staatsanwaltschaften eine Zensuranweisung erlassen, die zum Gegenstand einer gemeinsamen dringlichen Anfrage der Senatoren der Sudetendeutschen Partei und der vereinigten magyarischen Parteien an die Regierung gemacht wurde, da sie gegen die Bestimmungen der Verfassungsurkunde verstößt.

In der Zensuranweisung wurde angeordnet, daß alle Nachrichten, die Zweifel über den Bündniswert Frankreichs, Sowjetrußlands und der Staaten der Kleinen Entente aufkommen lassen oder den Eindruck erwecken könnten, daß diese Staaten der Tschechoslowakei im Ernstfall nicht zu Hilfe kämen, ebenso auch die Wiedergabe der inneren Verhältnisse dieser Staaten in dem Sinne, daß sie nicht instand sein würden, ihren Bündnisverpflichtungen nachzukommen, als Alarmnachrichten unterdrückt werden müssen. Vom gleichen Standpunkt sollen auch die

Nachrichten über die Haltung Englands und der Vereinigten Staaten beurteilt werden.

Die Senatoren richteten an den Ministerpräsidenten und an den Justizminister als Ressortchef die Anfrage, ob der Ministerpräsident bereit ist, zu veranlassen, daß derartige eigenmächtige Eingriffe nachgeordneter Organe in die verfassungsmäßig gewährleistete Pressefreiheit unterbleiben. Schließlich wird der unverzügliche Widerruf dieser Weisung verlangt.

Tschechoslowakei Thema in London

Keine Befriedung durch oberflächlichen Kompromiß.

Ministerpräsident Daladier und Außenminister Bonnet treten ihre Londoner Reise am Mittwoch an. Man rechnet in Pariser Kreisen damit, daß die Verhandlungen fraglos sehr ausgedehnt sein und sich auf alle im Vordergrund des Interesses stehenden Fragen beziehen werden. An die erste Stelle stellt man eine Engergestaltung der militärischen Zusammenarbeit zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Dann soll aber auch über eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit im Falle eines Konflikts verhandelt werden. Darüber hinaus, erklärt man weiter, würden auch die spanische Frage, die Beziehungen zu Italien und die auf der nächsten Genfer Tagung stehenden Fragen, wie die Anerkennung Äthiopiens und die Wiederherstellung der absoluten Neutralität der Schweiz, erörtert werden.

In der Ministerbesprechung soll auch die Lage in der Tschechoslowakei geprüft werden. Die letzte Rede Konrad Henleins in Karlsbad findet auch in politischen Kreisen Englands größte Beachtung. In der Presse kommt zum Ausdruck, daß man in der Rede den sachlichen Auftakt zu einer unaufschobbaren Behandlung des tschechoslowakischen Problems sieht.

Man ist sich in den englischen Kreisen über den Ernst der Lage in der Tschechoslowakei im klaren und damit auch über die Tatsache, daß mit oberflächlichen Kompromissen keine Befriedung zu erreichen ist. Die englische Regierung hat ihren Gesandten in Prag zur Berichterstattung nach London gerufen. Außerdem soll, wie es heißt, eine Zusammenkunft des tschechoslowakischen Gesandten in London mit dem Außenminister vorgesehen sein.

Im allgemeinen ist man der Auffassung, daß die französisch-englischen Besprechungen unter günstigen Bedingungen stattfinden.

Das Ende eines großen Sünders

Die in Ungarn stark verbreitete Auffassung über den gegenwärtigen Stand des tschechoslowakischen Problems kommt in den Feststellungen des „Magyarhaz“ zum Ausdruck, der die Auffassung vertritt, daß die letzte Stunde des Bestehens des tschechoslowakischen Staates bald geschlagen haben werde. In Europa läute bereits die Armesünderglocke das bevorstehende Ende eines großen Sünders ein. Von Budapest bis Karlsbad, von Boprad bis Szob erfülle heute ein einziger Wille, ein einziges Ziel das unterdrückte deutsche, ungarische, slowakische, polnische und ruthenische Volk der Tschechoslowakei.

Der dem Außenministerium nahestehende „Beszter Lloyd“ schreibt, die Forderungen des Sudetendeutschums enthielten nur das, was sich aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und dem Geiste der Gleichberechtigung als selbstverständlich ergebe. Die ungarische Öffentlichkeit verfolge den Kampf der durch den Prager Zentralismus unterdrückten Völker der Tschechoslowakei mit tiefer Sympathie und erblicke darin ein Bestreben, den Frieden Europas auf eine wahrhaftigere Grundlage zu stellen.

Der Führer an den König von Albanien

Der Führer und Reichkanzler hat Seiner Majestät dem König der Albaner zu seiner Vermählung telegraphisch herzliche Glückwünsche übermittelt und ihm als Hochzeitsgeschenk den neuesten Wagen der Daimler-Benz-Werke, ein Acht-Zylinder-Mercedes-Benz-Sport-Kabriolet, durch den deutschen Gesandten in Tirana übergeben lassen.

